

Der Streit um das Kaschagan-Ölfeld - Ressourcennationalismus oder Emanzipation auf Kasachisch?

Brauer, Birgit

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Brauer, B. (2008). Der Streit um das Kaschagan-Ölfeld - Ressourcennationalismus oder Emanzipation auf Kasachisch? *Zentralasien-Analysen*, 2, 2-5. <https://doi.org/10.31205/ZA.002.01>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

zentralasien- analysen



www.laender-analysen.de/zentralasien

ENERGIE

■ ANALYSE

- Der Streit um das Kaschagan-Ölfeld – Ressourcennationalismus
oder Emanzipation auf Kasachisch? 2
Von Birgit Brauer, Almaty

■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT

- Erdölfelder und -pipelines in Kasachstan und Zentralasien 6
Anteilseigner des Kaschagan-Konsortiums 7
Weltweite Ölreserven und -förderung 7

■ DOKUMENTATION

- Energiekrise in Zentralasien 10

■ CHRONIK

- Vom 25. Januar bis zum 21. Februar 2008 16

Die Herausgeber danken dem Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft für die Finanzierung der Zentralasien-Analysen und der GTZ für eine großzügige Unterstützung.



Analyse

Der Streit um das Kaschagan-Ölfeld – Ressourcennationalismus oder Emanzipation auf Kasachisch?

Von Birgit Brauer, Almaty

Zusammenfassung

Mitte Januar 2008 wurde der seit Monaten zwischen dem kasachischen Energiekonzern KazMunaiGaz und einem von der italienischen Ölfirma Eni geführten internationalen Konsortium schwelende Streit um das Kaschagan-Ölfeld im Kaspischen Meer zugunsten der kasachischen Seite beigelegt. Die harte kasachische Verhandlungsposition hat viele westliche Medien zu Vergleichen mit der forschen Vorgehensweise Russlands oder Venezuelas gegenüber ausländischen Investoren veranlasst. Doch dieser Vergleich hinkt, denn die Kasachen hatten guten Grund, mit Eni unzufrieden zu sein. Die Konsortiumsmitglieder sind noch glimpflich davongekommen.

»Die Balance der Gerechtigkeit ist wiederhergestellt« mit diesem Zitat der Worte Präsident Nursultan Nasarbajew bejubelte die staatliche Tageszeitung »Kasachstanskaja Prawda« am 15. Januar dieses Jahres die Beilegung des seit Juli 2007 andauernden Konflikts zwischen Kasachstan und einem von der italienischen Ölfirma Eni geführten internationalen Konsortium um das Kaschagan-Ölfeld.

Der Konflikt

Ende Juni 2007 hatte die Mitteilung der Eni, dass die Ölproduktion in Kaschagan nicht, wie zuletzt geplant 2008, sondern frühestens Ende 2010 würde beginnen können und zudem die veranschlagten Kosten des Projektes von 57 Mrd. US-Dollar auf 136 Mrd. US-Dollar steigen würden, in der kasachischen Hauptstadt Astana für Empörung gesorgt. Es war schon das zweite Mal, dass Eni den Produktionsbeginn verschob. Ursprünglich war er für 2005 vorgesehen gewesen, war dann aber aufgrund der extrem schwierigen Erschließungsbedingungen auf 2008 verlegt worden. Das Konsortium musste eine Entschädigung von 150 Mio. US-Dollar an Kasachstan zahlen. Die erneute Verschiebung bedeutete, dass die von kasachischen Regierungsbeamten seit Jahren bei jeder Gelegenheit gebetsmühlenartig wiederholte Vorgabe des Präsidenten, Kasachstans Ölproduktion bis 2015 auf über 3 Mio. Barrel pro Tag (150 Mio. Tonnen) zu verdreifachen, definitiv nicht mehr einzuhalten war.

Vor allem aber war es die Explosion der Kosten, die die Gemüter in der kasachischen Führung erregte. Eine Steigerung von 5–10 Prozent sei eine Sache, meinte Premierminister Karim Massimow im August. Aber eine Verteuerung um das Zweieinhalbfache deutete auf Fehler in der Planung oder Ausführung hin oder man müsse sogar Absicht unterstellen.

Die Verzögerung wie auch die Kostensteigerung haben erhebliche Auswirkungen auf den Haushalt Kasachstans. Dem Staat entgehen dadurch auf Jahre enorme Summen, denn der Vertrag zwischen dem Konsortium und Kasachstan, ein Production Sharing Agreement (PSA), sieht vor, dass das Land erst dann Lizenzgebühren erhält, wenn die ausländischen Investoren ihre Erschließungskosten herausbekommen haben. Premierminister Massimow sprach offen von Vertragsbruch und Schädigung der nationalen Interessen. Der soziale Frieden werde gestört und das internationale Ansehen Kasachstans als verlässlicher Partner beeinträchtigt.

Beiden Seiten war jedoch lange bekannt, dass Eni weder den Zeit-, noch den Finanzplan würde einhalten können. Die Förderbedingungen im Kaschagan-Feld sind äußerst komplex. Das Öl liegt in etwa 5.000 Meter Tiefe im kasachischen Sektor des Kaspischen Meeres in einer klimatisch rauen Gegend mit Temperaturen von plus 40 Grad Celsius im Sommer und bis zu minus 40 Grad Celsius im Winter. Das Wasser ist in diesem Teil des Binnengewässers vier bis fünf Monate im Jahr zugefroren. Durch starken Wind schieben sich immer wieder Eisschollen zu kleinen Eisbergen übereinander, die herkömmliche Bohrseln zerstören würden. Aus diesem Grund und auch wegen der niedrigen Wassertiefe (an manchen Stellen nur zwei Meter), ist eine speziell angefertigte Bohrsel notwendig. Darüber hinaus enthält das Kaschagan-Öl eine so hohe Konzentration an Schwefelwasserstoff, dass die Arbeiter Atemschutzgeräte tragen müssen. Wenn man außerdem berücksichtigt, dass in den ersten Jahren des Konsortiums Ausrüstungen und Werkzeuge durch Feuer zerstört wurden, erscheint der Spitzname Kaschagans – »Cash all gone« – nicht überraschend. Unabhängige westliche Ölexperten schätzten schon 2004 die Verschiebung des Produktionsbeginns auf 2008 als zu optimistisch ein.

Die Kostensteigerung aufgrund der hohen Ölpreise und der weltweit gestiegenen Materialkosten sei bereits drei Jahre vorher eindeutig abzusehen gewesen, sagten andere Konsortiumsmitglieder in Hintergrundgesprächen. Eni habe den Kopf in den Sand gesteckt und es versäumt, die Kasachen rechtzeitig davon in Kenntnis zu setzen. Den Kasachen blieb das natürlich dennoch nicht verborgen.

Die kasachische Regierung konnte aber erst reagieren, nachdem sie im Sommer 2007 offiziell informiert worden war. Dies tat sie zunächst nach russischer Manier, indem das Umweltministerium die Arbeiten in Kaschagan für drei Monate wegen angeblicher Umweltverstöße einstellen ließ, das Finanzministerium gegen vermeintliche Zollverstöße vorging und das Notstandsministerium Verstöße gegen Brandschutzaufgaben entdeckte. Damit war die Grundlage für erneute Verhandlungen zwischen den Parteien gelegt.

Zur Verstärkung der kasachischen Seite wurde ein neuer Energieminister, Sauat Mynbajew, der als hart durchgreifender Manager gilt, ernannt. Außerdem wurden Rufe nach Schadenersatz in Höhe von 10 Mrd. Dollar und weitere Forderungen laut. Sollten diese nicht erfüllt werden, würde Kasachstan zu seinem »Plan B« übergehen, gab Premier Massimow bedeutungsvoll zu verstehen, ohne auf Details einzugehen.

Um die aufgeheizten Gemüter zu beruhigen und einen eventuellen Ausschluss der Eni aus dem Projekt zu verhindern, flog der damalige italienische Premierminister Romano Prodi Anfang Oktober 2007 mit einer großen Wirtschaftsdelegation nach Astana. Der Besuch bei Präsident Nasarbajew hatte zunächst auch den gewünschten Erfolg. Der kasachische Präsident erklärte, dass man den vor 10 Jahren geschlossenen Vertrag nicht revidieren würde.

Kasachstans Trumpf im Kaspischen Meer

Das im Sommer 2000 entdeckte Kaschagan-Feld ist nicht bloß irgendein technisch schwieriges Ölfeld, sondern eines der größten Erdölvorkommen der Welt. Die förderbare Menge wird auf rund 13 Mrd. Barrel Öl geschätzt. Der letzte Ölfund in dieser Größenordnung wurde 1968 in Alaska mit dem Prudhoe Bay-Ölfeld gemacht. Das Kaschagan-Feld sollte Kasachstan, das 2006 mit einer Produktion von 1.426 Mio. Barrel noch an weltweit 18. Stelle stand, bis 2015 in die erste Liga der Ölproduzenten katapultieren.

Mit der Erschließung von Kaschagan, benannt nach einem kasachischen Poeten aus dem 19. Jahrhundert, sind in Kasachstan entsprechend hohe Erwartungen verknüpft. Die Tatsache, dass die offizielle Bekanntgabe des Ölfundes nur wenige Tage vor Nasarbajews 60. Geburtstag erfolgte, wurde von kasachischer Regierungsseite als positives Zeichen und als ein besonders

gelungenes Geschenk des internationalen Konsortiums an das Staatsoberhaupt gewertet.

Seit Erlangung der Unabhängigkeit im Dezember 1991 hat Kasachstan eine erstaunliche wirtschaftliche Entwicklung von einer tiefen Krise in den Anfangsjahren aufgrund des Zusammenbruchs der Planwirtschaft bis zu einem vom Öl angestoßenen Boom in diesem Jahrzehnt durchgemacht. Diese positive Entwicklung hat sich auf das Selbstverständnis der Kasachen ausgewirkt und ihre Ansprüche an sich und andere erhöht. Das zeigt sich auch in ihrem Umgang mit ausländischen Investoren. Das Prestigeprojekt Kaschagan ist ein Paradebeispiel dafür.

In den neunziger Jahren war die kasachische Führung im Bewusstsein ihrer mangelnden Erfahrung im Umgang mit internationalen Großinvestoren sowie des fehlenden technischen Know-hows offen für vieles, was ihr von außen angetragen wurde. Dazu gehörten Ratschläge von westlichen Regierungen, Consulting-Firmen und ausländischen Unternehmen. Die Gewinnung von ausländischen Investitionen schien der beste Weg zu sein, die auf die Produktion von Bodenressourcen orientierte Wirtschaft (neben Öl vor allem Gold, Kohle, Kupfer, Stahl und Uran) wieder anzukurbeln. In diesen Jahren wurde auch das PSA von Kaschagan unterzeichnet.

Die genauen Einzelheiten dieses wie auch anderer in jener Zeit geschlossener Verträge sind nie öffentlich bekannt geworden, werden aber aus heutiger kasachischer Sicht als kolonial empfunden. Sicherlich wurden durch die vereinbarten Konditionen ausländische Investoren gegenüber Kasachstan begünstigt. Doch bei der damals noch prekären Wirtschaftslage des Landes waren die ausländischen Firmen in der besseren Verhandlungsposition.

Der lange Weg der Erschließung

Die kasachische Regierung hatte 1993 ursprünglich sieben ausländische Ölfirmen eingeladen, zusammen mit dem staatlichen Unternehmen KazakhstanCaspiShelf seismische Gutachten und Umweltstudien über den nördlichen Teil des Kaspischen Meers zu erstellen. Der kasachische Teil des Meeres war noch gänzlich unerforscht, wenngleich – ähnlich wie im nahe an Land gelegenen Tengis-Feld - Ölvorkommen in mehreren Tausend Metern Tiefe vermutet wurden. Zwischen 1993 und 1997 wurde von diesem ersten Konsortium, das der Einfachheit halber nur KazakhstanCaspiShelf (KCS) genannt wurde, ein Areal von 110.000 km² untersucht. Dabei wurden Anzeichen potentieller Ölfelder entdeckt.

Danach wurde ein PSA mit 40-jähriger Vertragslaufzeit ausgehandelt, das im November 1997 in Washington in Anwesenheit von Präsident Nasarbajew und dem

damaligen amerikanischen Vizepräsidenten Al Gore unterzeichnet wurde. Vertragsparteien waren das amerikanische Unternehmen Mobil (jetzt ExxonMobil), Royal Dutch Shell, Italiens Agip, British Gas (jetzt BG Group), British Petroleum (BP), Norwegens Statoil, Frankreichs Total sowie KasachstanCaspiShelf. Dabei wurden dem Konsortium elf der in mehr als 200 Blöcke unterteilten kasachischen Zone des Kaspischen Meeres zugesprochen, die sich über eine Fläche von 5.600 km² erstrecken und neben Kaschagan auch die Strukturen Kalamkas, Kairan und Aktote beinhalten.

Am selben Tag und Ort wurde auch ein PSA für das Karatschaganak-Feld im Westen Kasachstans zwischen der amerikanischen Ölfirma Texaco (jetzt ChevronTexaco), British Gas, Agip und Russlands Lukoil unterzeichnet. Diese beiden Vertragsabschlüsse zusammen bildeten für die kasachische Führung den Glanzpunkt des Jahres 1997. Im Vorjahr hatte man erstmals seit der Unabhängigkeit ein wirtschaftliches Wachstum verzeichnen können. Die Zukunft des Landes sah rosig aus.

Aber schon wenige Monate später kam alles ganz anders. Die Finanzkrise im benachbarten Russland und die Abwertung des russischen Rubel im August 1998 übten einen Sog aus, dem sich Kasachstan nicht entziehen konnte. Niedrige Rohstoffpreise brachten die kasachische Wirtschaft zusätzlich in tiefe Bedrängnis. Aus finanzieller Not verkaufte Kasachstan im September 1998 daher seinen Anteil an KCS (1/7) für 500 Mio. Dollar an die japanische Inpex Corporation und die amerikanische Phillips Petroleum (jetzt ConocoPhillips). Daraufhin gründeten die nun neun ausländischen Ölfirmen eine gemeinsame Betreiberfirma mit dem Namen Offshore Kazakhstan International Operating Company (OKIOC).

Tauziehen um Führung und Einfluss

Fast zwei Jahre später entdeckte OKIOC nach Probebohrungen Öl in Kaschagan und beschloss, eines ihrer Mitglieder als federführend für die weitere Entwicklung des Projektes auszuwählen. Während vorherige Meinungsverschiedenheiten meist hinter den Kulissen ausgetragen und wenig beachtet wurden, fing nun zwischen den konkurrierenden Firmen ein rücksichtsloses und kaum verstecktes Hauen und Stechen um die Leitung des Konsortiums an. Die Auseinandersetzungen spitzten sich derart zu, dass sich nach einigen Monaten schließlich Präsident Nasarbajew einschaltete und die Firmen zu einer Einigung drängte. Gleichzeitig ließ er die Konsortiumspartner wissen, dass Kasachstan 2005 als Produktionsbeginn anstrebe.

Im Februar 2001 erhielt Eni, die Muttergesellschaft von Agip, zur Überraschung vieler den Zuschlag. Obwohl der Anteil des italienischen Unternehmens am

Konsortium mit 16,67 Prozent genau so groß war wie der von ExxonMobil, Shell und Total, die alle heftig um die Führung gekämpft hatten, gehört Eni keineswegs derselben Gewichtsklasse an wie diese. Da aber keines dieser drei Unternehmen dem anderen die Konsortiumsführung gönnte, einigte man sich auf Eni als den kleinsten gemeinsamen Nenner. Für die Italiener ergaben sich daraus große Chancen, aber auch Herausforderungen. Sie sicherten den Produktionsbeginn für das Jahr 2005 zu. Das Konsortium wurde in Agip Kazakhstan North Caspian Operating Company (Agip KCO) umbenannt.

Es zeigte sich recht schnell, dass Eni die Erfahrung für ein Projekt dieser Größenordnung fehlte. Die Firma ließ sich ausserdem ungern in die Karten schauen, selbst die anderen Konsortiummitglieder klagten hinter vorgehaltener Hand über mangelnde Transparenz. Medienanfragen aus Kasachstan wurden routinemäßig abgeblockt. Eni setzte sich so noch zusätzlich in ein schlechtes Licht.

In den folgenden Jahren kam es in der Zusammensetzung des Konsortiums mehrfach zu Veränderungen. BP und Statoil verkauften 2002 ihre Anteile an die Konsortiumspartner. Die BG Group wollte 2003 ebenfalls verkaufen und hatte auch zwei chinesische Ölfirmen als Käufer gefunden. Die Konsortiummitglieder bestanden jedoch auf ihrem vertraglich geregelten Vorkaufrecht. Diesen Moment nutzte die kasachische Regierung, um selbst Interesse am Erwerb des BG-Anteils durch die staatliche Ölfirma KazMunaiGaz zu bekunden.

Die Tatsache, dass Kasachstan keine direkte Beteiligung mehr an dem aussichtsreichsten Ölprojekt des Landes hatte, war den Behörden stets ein Dorn im Auge gewesen. Mittlerweile boomte die Wirtschaft – u. a. dank des steigenden Ölpreises, der zunehmenden Ölproduktion und des florierenden Bankensektors – und verzeichnete seit 2000 jährliche Wachstumsraten von rund 10 Prozent. Das Land wurde als die wirtschaftliche Lokomotive Zentralasiens angesehen. Es könne doch nicht angehen, dass Kasachstan bei der Ölförderung auf seinem eigenen Territorium außen vor stünde, sagte der damalige Energieminister Wladimir Schkolnik. Rechtlich hatte Kasachstan allerdings keinerlei Basis, auf dem Kauf zu bestehen. Aus Gründen der politischen Opportunität erwarben die anderen Konsortiummitglieder den gesamten Anteil der BG von 16,67 Prozent für 1,8 Mrd. Dollar und verkauften die Hälfte davon im März 2005 an KazMunaiGaz.

Neu gewonnenes Selbstvertrauen

Der kasachische Staat hatte damit wieder ein Mitspracherecht an Kaschagan. Als zwei Jahre später der Konflikt mit Eni ausbrach, gab es von Seiten des Konsortiums Befürchtungen, dass Kasachstan – ähnlich

wie Russland im Falle des Sachalin-Projektes im Jahr 2006 – einen noch weitaus größeren Anteil übernehmen würde.

Der Besuch des italienischen Premierministers bei Nasarbajew im Oktober 2007 hatte zunächst die Wogen geglättet. Doch zwei Wochen später übte der kasachische Präsident erneut Druck auf das Konsortium aus, indem er ein vom Parlament verabschiedetes Gesetz unterzeichnete, nach dem Verträge mit ausländischen Öl- und Gasfirmen im Interesse der nationalen Sicherheit einseitig geändert oder für nichtig erklärt werden können. Dies rief zwar heftige Kritik unter internationalen Beobachtern hervor, hatte aber den gewünschten Effekt: Das Gesetz hing wie ein Damoklesschwert über den weiteren Gesprächen mit dem Konsortium. In den kasachischen Medien wurde das Gesetz später als Teil einer raffinierten Verhandlungstaktik gelobt.

Die Einigung

Ein am Abend des 13. Januar dieses Jahres in einem Restaurant in der kasachischen Hauptstadt Astana begonnener neunstündiger Verhandlungsmarathon, an dem u. a. auch Premierminister Massimow teilnahm, führte schließlich zu einer Einigung. Die vier größten Mitglieder des internationalen Konsortiums – Eni, ExxonMobil, Shell und Total – erklärten sich nach zähem Ringen bereit, ihren Anteil am Kaschagan-Projekt von 18,52 Prozent auf 16,81 Prozent zu reduzieren, um KazMunaiGaz eine Verdoppelung seiner Quote von 8,33 Prozent auf denselben Prozentsatz zu ermöglichen. Dafür wurde von KazMunaiGaz eine Zahlung von 1,78 Mrd. Dollar, die deutlich unter dem

Marktwert liegt, vereinbart. Die anderen beiden Konsortiumsteilnehmer, ConocoPhillips und Inpex, wollen ihrerseits ihren Anteil von 9,26 Prozent auf 8,33 Prozent verringern.

Des Weiteren wurde vereinbart, dass Eni die Führung des Agip KCO Konsortiums nach Beginn der Ölproduktion Ende 2011 abgeben wird. Auch der Geldfluss aus dem Projekt an Kasachstan soll erhöht werden. Laut Energieminister Mynbajew wird Kasachstan zusätzliche Einnahmen in Höhe von 5 Mrd. Dollar erhalten, die bis Ablauf des PSA, nun für das Jahr 2041 festgelegt, bezahlt werden sollen. Diese beinhalten auch Lizenzgebühren und Bonuszahlungen für die Verzögerung des Produktionsbeginns. Nach Aufrechnung der Zinseszinsen wird diese Summe letztendlich 20 Mrd. Dollar betragen.

Einen Entwurf dieses Abkommens gab es bereits im Dezember 2007, doch ExxonMobil hatte sich dem widersetzt. Der amerikanische Ölkonzern, der bekannt für seine Standfestigkeit gegenüber Gastregierungen ist, wollte für die Reduzierung seines Anteils einen ihm angemessener erscheinenden Kaufpreis aushandeln. Angesichts des weltweiten Trends der Zurückdrängung privater Ölgesellschaften durch staatliche Unternehmen, der dazu geführt hat, dass nur noch sechs Prozent der Ölreserven in privater Hand sind, und in Anbetracht der hohen Ölpreise von fast 100 Dollar pro Barrel waren die Forderungen von KazMunaiGaz nach Parität aber durchaus annehmbar. Das war der kasachischen Führung, die zu keiner Zeit einen Mehrheitsanteil anstrebte, bewusst. Doch ohne die Fehler von Eni wäre KazMunaiGaz gar nicht zum Zuge gekommen.

Über die Autorin:

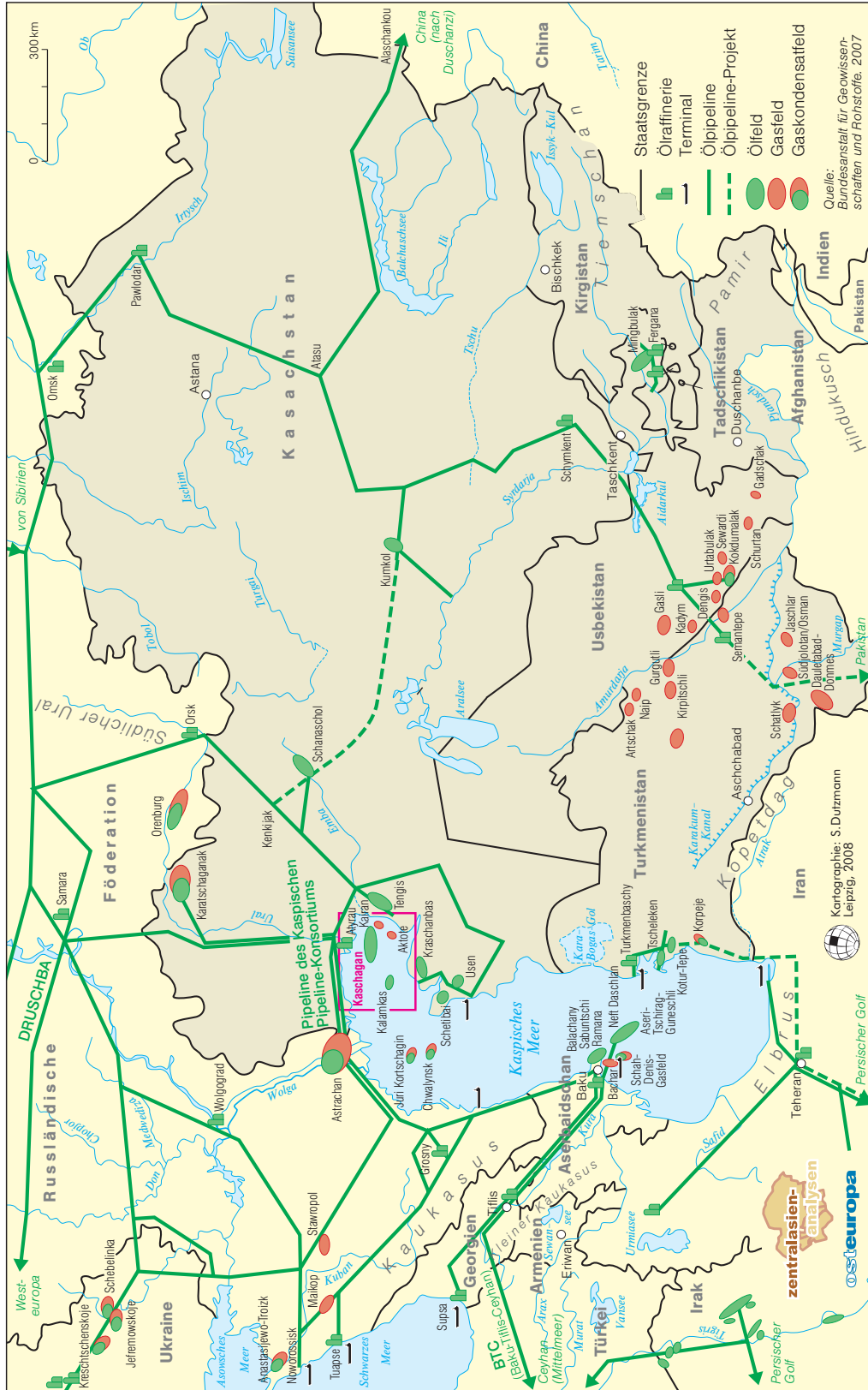
Birgit Brauer ist Korrespondentin des »Economist« in Almaty und steht kurz vor dem Abschluss einer Doktorarbeit über die politische Ökonomie der Ölindustrien Aserbaidshans, Kasachstans und Russlands am Centre for Russian and East European Studies (CREES) der Birmingham University.

Lesetipps:

- Farkhad Sharip, »Astana struggles to regain grip on oil sector«, Central Asia-Caucasus Institute Analyst, 20. September 2007, <http://www.cacianalyst.org/?q=node/4699>
- Isabel Gorst, »Tougher times for investors«, Petroleum Economist, December 2007, S. 12.

Tabellen und Grafiken zum Text

Erdölfelder und -pipelines in Kasachstan und Zentralasien



Anteilseigner des Kaschagan-Konsortiums

Anteilseigner	Unternehmensumsatz (net sales) in Mio. US-Dollar (2006)	Netto-Unternehmensgewinn (net profit) in Mio. Euro (2006)	bisheriger Anteil am Kaschagan-Konsortium (in %)	neuer Anteil am Kaschagan-Konsortium (in %)
Eni (Italien)	113.658*	12.166*	18,52	16,81
ExxonMobil (USA)	365.467	39.500	18,52	16,81
Royal Dutch Shell (Niederlande/Großbritannien)	318.845	26.300	18,52	16,81
Total (Frankreich)	193.114	15.802**	18,52	16,81
KazMunaiGaz (Kasachstan)	k.A.	k.A.	8,33	16,81
ConocoPhillips (USA)	183.650	15.550	9,26	genauer Anteil wurde noch nicht mitgeteilt
Inpex (Japan)	5.995	880	8,33	genauer Anteil wurde noch nicht mitgeteilt

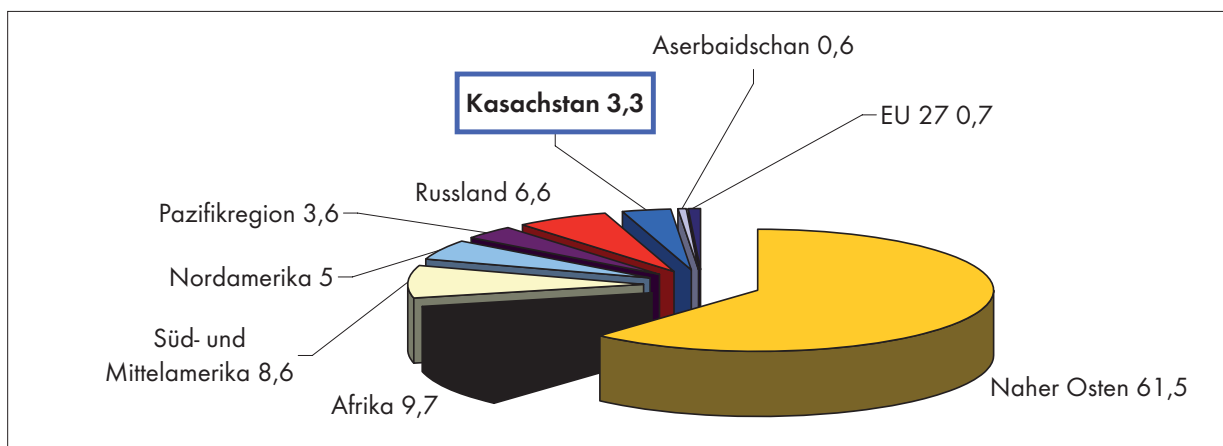
* Umrechnung Euro in US-Dollar, Kurs 1,32

** Bereinigter Wert (adjusted net income)

Quellen: Eni: www.eni.it; ExxonMobil: www.exxonmobil.com; Royal Dutch Shell: www.shell.com; Total: www.total.com; ConocoPhillips: www.conocophillips.com; Inpex: www.inpexhd.co.jp

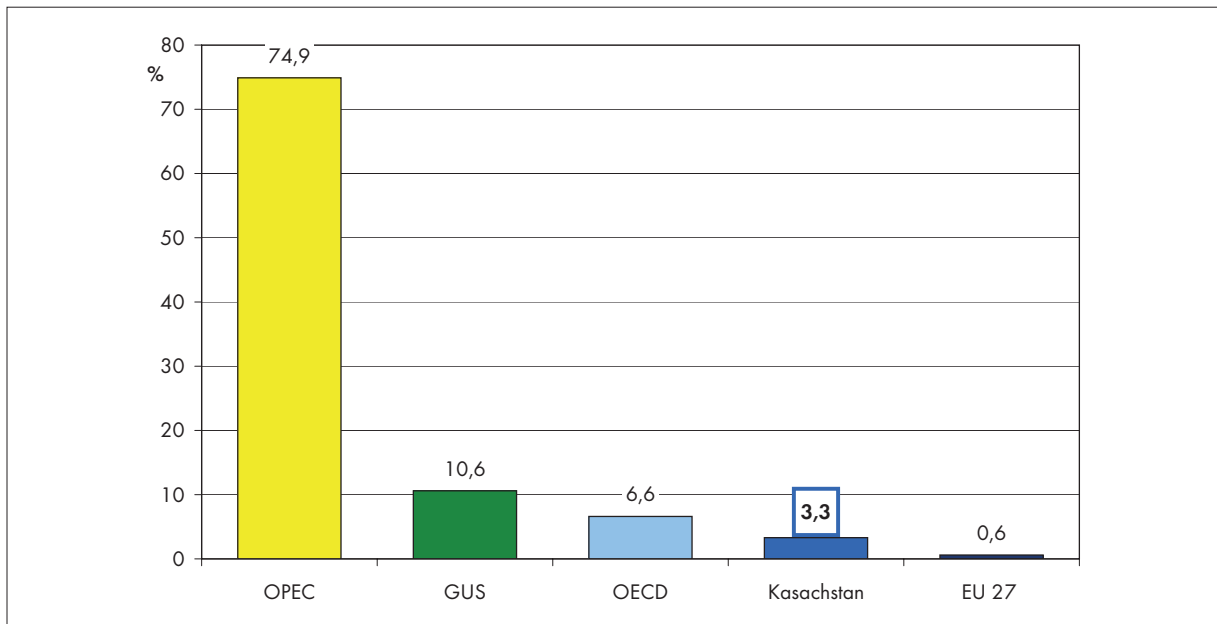
Weltweite Ölreserven und -förderung

Verteilung der weltweiten Erdölreserven (proved reserves, Anteil in %, Jahresende 2006)



Quelle: BP Statistical Review of World Energy June 2007, www.bp.com/statisticalreview

Verteilung der weltweiten Erdölreserven (proved reserves, Anteil in %, Jahresende 2006)



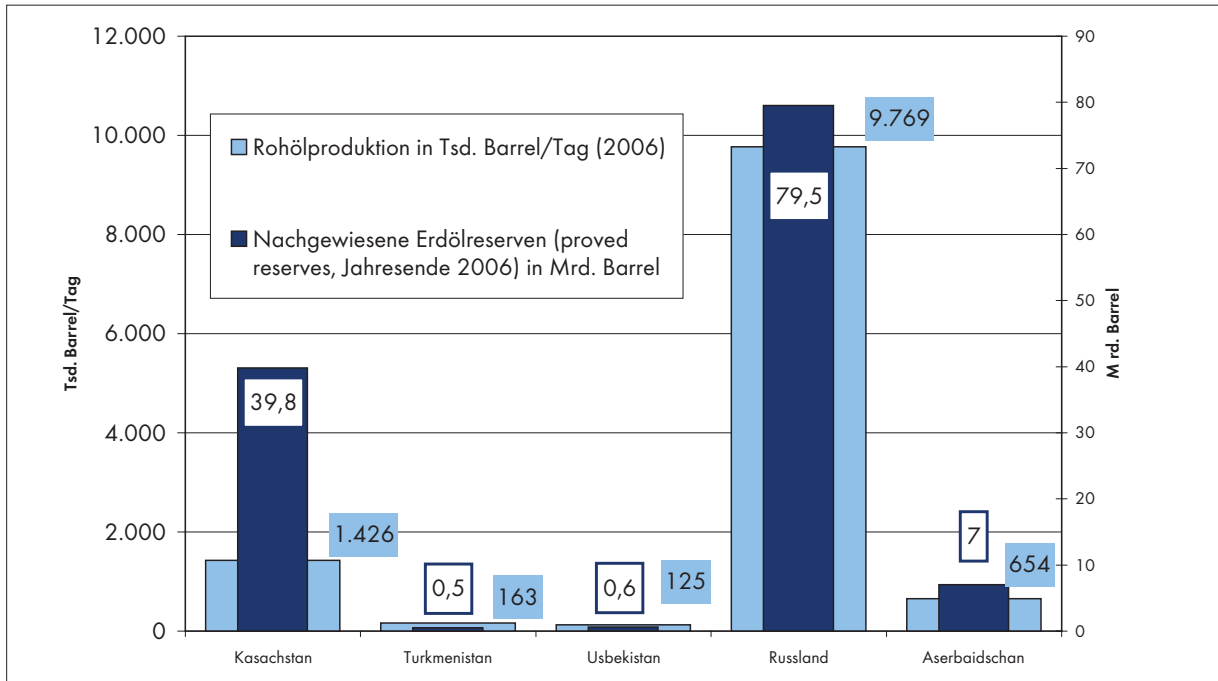
Quelle: BP Statistical Review of World Energy June 2007, www.bp.com/statisticalreview

Die wichtigsten erdölfördernden Länder

Rang	Land	Rohölförderung in Tsd. Barrel/Tag (2006)
1.	Saudi-Arabien	10.859
2.	Russland	9.769
3.	USA	6.871
4.	Iran	4.343
5.	China	3.684
6.	Mexiko	3.683
7.	Kanada	3.147
8.	Vereinigte Arabische Emirate	2.969
9.	Venezuela	2.824
10.	Norwegen	2.778
11.	Kuwait	2.704
12.	Nigeria	2.460
13.	Algerien	2.005
14.	Irak	1.999
15.	Libyen	1.835
16.	Brasilien	1.806
17.	Großbritannien	1.636
18.	Kasachstan	1.426

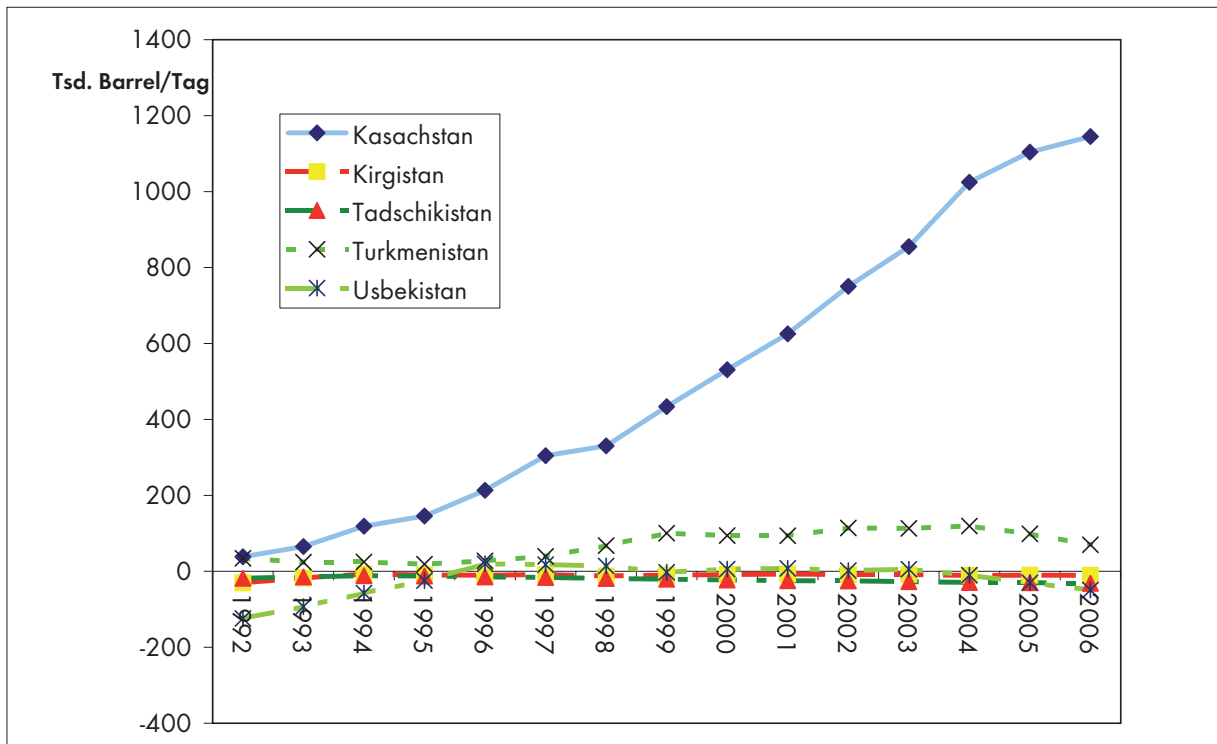
Quelle: BP Statistical Review of World Energy June 2007, www.bp.com/statisticalreview

Erdölreserven und -förderung in der GUS



Quelle: BP Statistical Review of World Energy June 2007, www.bp.com/statisticalreview

Netto-Exporte/Importe von Erdöl
(Netto-Exporte = Ölförderung – Konsum; Negative Werte = Importe; in Tsd. Barrel/Tag)



Quelle: Energy Information Administration, www.eia.doe.gov

Dokumentation**Energiekrise in Zentralasien**

Der Winter 2008 wird als einer der kältesten seit mehreren Jahrzehnten in die Geschichtsbücher Zentralasiens eingehen. Seit Anfang des Jahres stieg in weiten Teilen der Region das Quecksilber nicht mehr über den Gefrierpunkt. In Taschkent sanken die Temperaturen nachts dauerhaft auf unter -10°C , das langjährige Mittel für Februar liegt bei $-1,5^{\circ}\text{C}$. In sonst auch im Februar meist frostfreien Gebieten im Süden Usbekistans, Tadschikistans und Turkmenistans wurden Temperaturen von unter -20°C gemessen.

Die ungewohnte Kälte hat die Energieprobleme der Region massiv verschärft. Selbst in den rohstoffreichen Staaten Usbekistan und Turkmenistan sowie im Süden Kasachstans sind wegen des außergewöhnlich hohen Energiebedarfs Engpässe aufgetreten. Stärker waren Kirgistan (Erdgas) und vor allem Tadschikistan betroffen, das sowohl von Strom- wie Gaslieferungen seiner Nachbarn abhängig ist. Die bestehenden Wasserkraftwerke können den Bedarf schon in normalen Wintern nicht decken. In Tadschikistan blieben in den Städten nicht nur die Heizungen kalt, sondern den meisten Betrieben und Privathaushalten wurde auch der Strom abgeschaltet oder stundenweise rationiert. Der Schaden für die Industrie des hoch verschuldeten Landes wurde von der Nationalbank bereits auf 250 Mio. US-Dollar beziffert. Zwar steigen die Temperaturen zur Zeit, doch werden nun für das Frühjahr nicht nur Überschwemmungen, sondern auch eine Hungersnot befürchtet, weil Vieh, Wintersaaten, Gartenkulturen usw. erfroren sind.

Verantwortlich für die Energiekrise waren mehrere, sich teilweise bedingende Faktoren: vor allem gab es Probleme in der Kooperation zwischen den Nachbarstaaten, die wegen Eigenbedarfes Lieferverpflichtungen nicht einhielten. Aber auch gestiegene Energiepreise und die sanierungsbedürftige Infrastruktur, in die seit Jahrzehnten nicht mehr investiert wurde, sowie eine geringe Energieeffizienz (z. B. aufgrund schlechter Wärmeisolierungen, Wärmeversorgung mit veralteten elektrischen Heizlüftern) tragen zu der schwierigen Lage bei.

Eine Verbesserung ist nur langfristig zu erreichen. In Tadschikistan wird der Bau von neuen Staudämmen forciert, die das Land zum Netto-Stromexporteur machen sollen. Ihr Bau stockt aber wegen Finanzierungslücken. Auch der Einstieg in die Kernenergie wird in Tadschikistan erörtert, in Kasachstan ist der Bau neuer kleiner Atomkraftwerke bereits in der konkreten Planung. Dort wurde z.B. auch die Schaffung eines gesamtstaatlichen Stromnetzes gefordert. Die kirgisische Regierung spricht sich für eine bessere intraregionale Zusammenarbeit aus.

Die nachfolgende Auswahl von Artikeln will einen Eindruck nicht nur von den Problemen, sondern auch ihrer Darstellung in den Medien vermitteln. Sie stammen daher vorzugsweise aus der regionalen Presse. Der Fokus der Berichterstattung sowohl innerhalb der Region als auch ausländischer Medien lag auf der prekären Lage in Tadschikistan. Kritik an der Energiepolitik der Regierung hält sich zumindest in den Medien des Landes, soweit sie wegen des Energiemangels überhaupt erscheinen konnten, in Grenzen. In der staatlichen Presse Usbekistans und Turkmenistans sind die mit den extremen Winterbedingungen zusammenhängenden Schwierigkeiten in der Strom- und Wärmeversorgung überhaupt kein Thema. Informationen über die kritische Situation sind ausschließlich von Nachrichtenagenturen im Ausland zu erhalten. Die kasachische Presse berichtet über die mangelhafte Gas- und Wärmeversorgung im Süden des Landes, analysiert sonst aber mit dem Selbstbewusstsein des Außenstehenden die Probleme der Nachbarn.

Beate Eschment / Henryk Alff

Zeitschrift »Kontinent«, Almaty, Kasachstan

Und gibt es in Ihrer Wohnung Gas?

30.01.2008

Von Bulat Abdulin, Almaty

In diesem Jahr hat der beispiellos kalte Winter, insbesondere bei uns, in Zentralasien, die Frage nach der Energieproduktion im Allgemeinen und der von Erdgas im Speziellen aufgeworfen. Die Frage des Gaspreises wird immer mehr zu einem strategischen Aspekt. Und die Fähigkeit, auf die Preisentwicklung einzuwirken, wird kritisch sowohl für die Anbieter, als auch für die Verbraucher.

[...]

Wenn schon die erdgasreichen Staaten Usbekistan und Turkmenistan in diesem Kältewinter mit einem Defizit im Inland zu kämpfen haben, wie steht es dann erst um Tadschikistan und Kirgistan, deren Bevölkerungen über eine äußerst niedrige Kaufkraft verfügen. In den letztgenannten Staaten wird die Lage noch dazu dadurch verschärft, dass der Abfluss der Bergflüsse in diesem Jahr wesentlich geringer als sonst ausfällt. Dies nimmt ihnen die Möglichkeit, das Fehlen von Gas und Kohle wie in den vergangenen Jahren durch eine stärkere Stromproduktion zu kompensieren. Dazu kommt, dass die winterlichen Schwierigkeiten der Kirgisen und Tadschiken sich im kommenden Sommer auch auf Usbeken und Turkmenen auswirken werden, bei denen dann möglicherweise das Wasser für die Irrigation von Feldern und Gärten knapp wird.

Auch die südlichen Regionen Kasachstans befinden sich in einer schwierigen Situation. Hier herrscht ebenfalls ein Erdgas-mangel aufgrund von Schwierigkeiten des wichtigsten Zulieferers – Usbekistan, sowie der hohen Inlandsnachfrage. Und im Sommer werden die südlichen Gebiete wie unsere Nachbarn in Usbekistan und Turkmenistan unter dem Fehlen von Wasserressourcen leiden. Darüber hinaus führen die Wasser- und Heizungsprobleme Kirgistans im Süden Kasachstans zu einem Mangel an Elektroenergie

Alles in allem ist dieser kalte Winter zur größten Herausforderung für die jungen Staaten unserer Region geworden und es hängt sehr viel davon ab, welche Schlüsse ihre Führungen daraus ziehen werden. Zumindest für uns in der südlichen Hauptstadt Almaty wäre es nicht wünschenswert, wenn – bei allen Unzulänglichkeiten mit ungenügend warmen Heizungen und fächerförmigen Abschaltungen – man bei unseren Nachbarn zu dem Schluss käme, dass in der gesamten Region nur Almaty mehr oder weniger komfortable Wohnbedingungen mit all den sich daraus ergebenden Folgen bieten kann.

Zweifelloos ist der Handlungsspielraum Kasachstans im Umgang mit dem Energiedefizit größer als der unserer südlichen Nachbarn. Das lässt sich nicht nur mit der höheren Finanzkraft der Bevölkerung erklären, sondern auch mit dem Einfluss des Staates. Im Januar wurde berichtet, dass es Kasachstan gelungen sei, sich in prinzipiellen Fragen mit Russland und Usbekistan über einen Gasdeal zu einigen. Die Usbeken liefern uns im Süden Gas, wir exportieren dieselbe Menge im Norden an der russisch-kasachstanischen Grenze. Es versteht sich, dass der Gaspreis an beiden Grenzen gleich hoch ist. Die Preisbildung erfolgt dabei auf der Basis der komplizierten Interessen Kasachstans, Russlands und Usbekistans.

Das Interesse Taschkents besteht darin, dass es für den Transit über 1000 km kasachstanisches Gebiet nichts bezahlen muss. Wir hingegen erhalten die erforderlichen Gaslieferungen im unter dem Energiedefizit leidenden Süden und können dort die Preise regulieren.

[...]

Den erdgasfördernden Ländern Zentralasiens ist es in diesem Jahr gelungen, sichtbare Fortschritte bei der Festlegung des Gaspreises zu machen. Auch wenn es für Staaten wie Tadschikistan, Kirgistan und besonders die Ukraine eine unerfreuliche Überraschung war, haben Turkmenistan und Usbekistan den Durchbruch auf dem Weg geschafft, Marktpreise für ihr Gas zu erzielen. Seit dem 1. Januar 2008 zahlt Moskau, das schon im ersten Halbjahr 2007 100 US-Dollar für 1000 m³ gezahlt hatte, Turkmenistan 130 US-Dollar und ab dem zweiten Halbjahr 150 US-Dollar. Letztendlich dürfte sich der Preis auf Grundlage der Bedingungen des Weltmarktes einpegeln, wo 1000 m³ inzwischen mehr als 300 US-Dollar kosten. Etwas bessere Bedingungen hat Usbekistan ausgehandelt. Es erhält von Russland ab der zweiten Jahreshälfte 2008 160 US-Dollar. Doch Turkmenistan hat größere Liefermengen vereinbart – zwischen 40 und 50 Mrd. m³ im Vergleich zu 9 Mrd. m³ von Usbekistan.

[...]

Internetzeitung »Asia-Plus«, Duschanbe, Tadschikistan*Turkmenistan kürzt seine Energielieferungen an Tadschikistan um die Hälfte*

11.02.2008

Von Pajraw Tschorschanbijew, Duschanbe

Duschanbe, 11. Februar »Asia-Plus« – Turkmenistan hat seine Stromexporte nach Tadschikistan um die Hälfte verringert. So wurden am vergangenen Sonntag anstelle von 7 Mio. Kilowattstunden (kWh) nur ungefähr 3,5 Mio. kWh ins Netz eingespeist, wie Asia-Plus aus dem Ministerium für Energie und Industrie Tadschikistans mitgeteilt wurde.

Den Worten dieser Quelle zufolge hat sich Turkmenistan aufgrund der erneut sinkenden Temperaturen und der dadurch steigenden Inlandsnachfrage zu diesem Schritt entschieden.

Erst am Beginn dieses Monats hatte die turkmenische Seite auf Bitten Präsident Emomali Rachmons die Stromexporte nach Tadschikistan auf das Doppelte erhöht. Seit Anfang Dezember 2007 hatte das Land täglich lediglich zwischen 2,5 und 3 Mio. kWh erhalten.

Indessen verschlechtert sich die Stromversorgung in Tadschikistan mit jedem Tag. So erzeugt das Nurek-Wasserkraftwerk nach Angaben des Ministeriums aktuell nur 20 bis 22 Mio. kWh anstelle von 40 Mio. kWh Ende Januar. »Während früher der Wasserspiegel im Stausee täglich um 30 cm fiel, sinkt er jetzt nur um 18 bis 20 cm«, gab das Ministerium bekannt. »Wir haben die Energieproduktion verringern lassen, um Wasser im Rückhaltebecken zu sparen. Dessen Inhalt nähert sich bereits einem kritischen Punkt: Bis zu dieser Marke sind es noch zwei Meter. Nach Erreichen des Tiefstands ist die Nutzung des Reservoirs laut den Dienstvorschriften für die Staumauer untersagt.«

[...]

Derzeit herrscht in ganz Tadschikistan eine strenge Energierationierung. Seit dem 8. Februar bleibt die Stromversorgung in den Regionen außerhalb der Hauptstadt auf ein lebensnotwendiges Minimum beschränkt. Die Bevölkerung ist gezwungen, ohne »Licht« und Wärme auszukommen. Ähnliche Einschränkungen betreffen auch die Hauptstadt des Landes, wo die Stromversorgung der Privathaushalte im Augenblick auf fünf Stunden morgens und fünf Stunden abends begrenzt ist. Allerdings wird auch der von der Regierung verabschiedete Zeitplan von den Energieverorgern nicht immer eingehalten.

[...]

Übersetzung aus dem Russischen: Henryk Alff

Quelle: <http://www2.asiaplus.tj/news/31/27828.html>

Internetzeitung »fergana.ru«, Moskau, Russland*Die Bewohner Usbekistans überstehen den außerordentlich frostigen Winter stoisch*

25.01.2008

A. Wolosewitsch

[...]

In Usbekistan werden die Kälterekorde in den nördlichen Regionen gemessen – im Gebiet von Navoi und in Karakalpakstan, wo die Temperaturen nachts bis -30°C sinken. Im Süden des Landes, in Termes, ist es wesentlich milder: nur $-13,5^{\circ}\text{C}$. [...]

Die Hauptstadt liegt irgendwo dazwischen: tagsüber minus fünf bis acht, nachts -16 bis -18°C . Dabei war die Nacht vom 20. auf den 21. Januar eine der kältesten in der Geschichte der Wetteraufzeichnungen: -23°C . Den Daten des staatlichen Wetterdienstes zufolge wurde eine solche Tiefsttemperatur in Taschkent zuletzt vor mehr als 80 Jahren gemessen – im Jahr 1927.

Eine solch starke und lang anhaltende Kälteperiode bedeutet eine schwere Prüfung für die auf dauerhaften Frost vollkommen unvorbereitete Republik. Und wenn bereits die Bewohner des noch mehr oder weniger komfortablen Taschkent nur mit Schwierigkeiten die Winterkälte ertragen können, so lässt sich mutmaßen, was im ländlichen Raum vor sich geht. Es ist anzunehmen, dass alles unter das Beil kommt, was brennt – Aufforstungen, Gärten, Parks. Über die Zahl der Opfer der Kältewelle, darunter der Erfrorenen, wird in Usbekistan wie üblich nicht berichtet. [...]

Die Naturkatastrophe (oder wie kann man die anhaltenden Minustemperaturen sonst bezeichnen?) hat allerorten zur Verringerung der Gasversorgung geführt. Der Druck in den Rohren ist stark gefallen, was örtlich den teilweisen oder vollständigen Zusammenbruch der Wärmeversorgung verursachte. Krankenhäuser, Kliniken, Kindergärten und Schulen sind wie eingefroren. In einigen Bildungseinrichtungen ist der Unterricht komplett eingestellt worden, in anderen versuchen sich die Schüler dick verummumt der Wissenschaft zu widmen.

Sogar in der Hauptstadt herrschen in vielen Häusern und Wohnungen beinahe Minustemperaturen, so dass ihre Bewohner sich in voller Montur schlafen legen. Daraus erklärt sich die massive Nutzung aller möglicher Heizgeräte, die wiederum fortwährend für Stromausfälle sorgt. Die Nachfrage nach alternativen Brennstoffen wie Holz und Kohle ist stark gestiegen. An der Taschkenter Ringstraße stehen LKWs mit frisch geschlagenem Feuerholz, bei deren Anblick man sofort begreift, dass dies noch vor wenigen Tagen Bäume waren. Doch das interessanteste: Genau in dem Moment, in dem das ganze Land zu erfrieren droht, lässt sich die Staatsmacht nichts anderes einfallen, als die Tarife für Warmwasser und Heizung anzuheben. Seit dem 23. Januar wurden die Kosten für diese Leistungen um 20 Prozent erhöht.
[...]

Übersetzung aus dem Russischen: Henryk Alff
Quelle: <http://www.ferghana.ru/article.php?id=5569>

Internetzeitung »gazeta.kg«, Bischkek, Kirgistan

Neuer Rekord beim Energieverbrauch in Kirgistan

09.01.2008

Wie der Pressedienst der Aktiengesellschaft »Elektritscheskije Stanzii« mitteilt, wurde in Kirgistan ein erneuter Rekord im Verbrauch von Elektrizität aufgestellt.

Am 8. Januar 2008 lag er bei 63,232 Mio. Kilowattstunden (kWh) und damit um acht Prozent höher als am selben Tag des Vorjahres (58,68 Mio. kWh). Dem Betreiberunternehmen nach übersteigt der tatsächliche Energieverbrauch in Kirgistan im Januar das Soll um fünf bis sechs Mio. kWh täglich.

Obwohl alle Aggregate der Wasserkraftwerke am Naryn, sowie die Wärme- und Elektrizitätskraftwerke von Bischkek und Osch unter Volllast laufen, bleibt die Spitzenbelastung von Kraftwerken und Netzen in den Morgen- und Abendstunden, die dann um 200 bis 300 Megawatt (MW) ansteigt, ein ernstzunehmendes Problem.

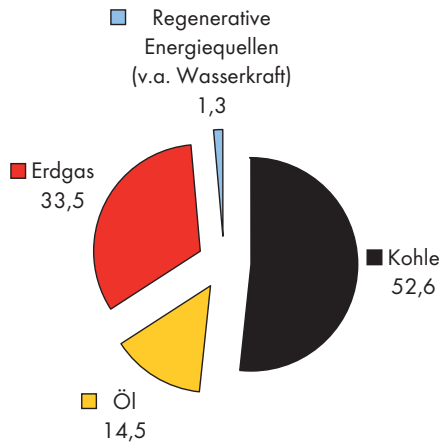
Am Abend des 8. Januar erreichte die maximale Belastung 2829 MW und näherte sich damit der Grenze der verfügbaren Kapazitäten (3500 MW). Das Problem der hohen Belastung wird perspektivisch nur durch den Bau neuer Kraftwerke zu lösen sein.

Im Augenblick besteht der einzige Ausweg aus der Situation in einem vernünftigen und sparsamen Umgang mit Elektroenergie, besonders während der Spitzenverbrauchszeiten.

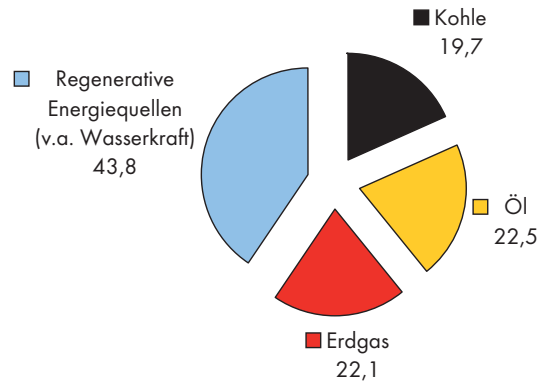
Übersetzung aus dem Russischen: Henryk Alff
Quelle: www.gazeta.kg/news/2008-01-09/3087

Zusammensetzung der Primärenergieversorgung (TPES) nach Energieträgern (Anteile in %, 2005)

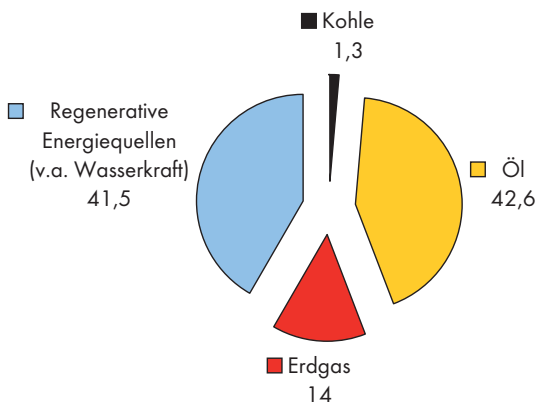
Kasachstan



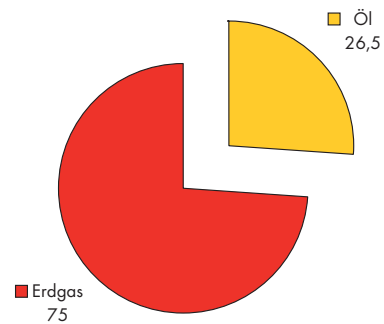
Kirgistan



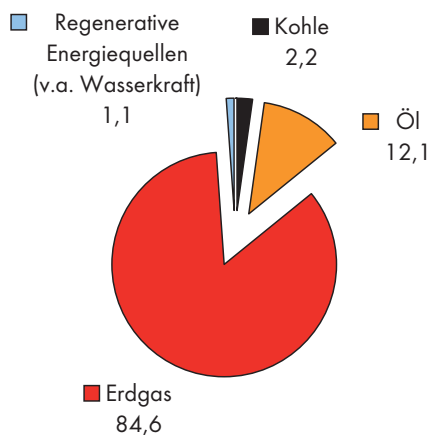
Tadschikistan



Turkmenistan

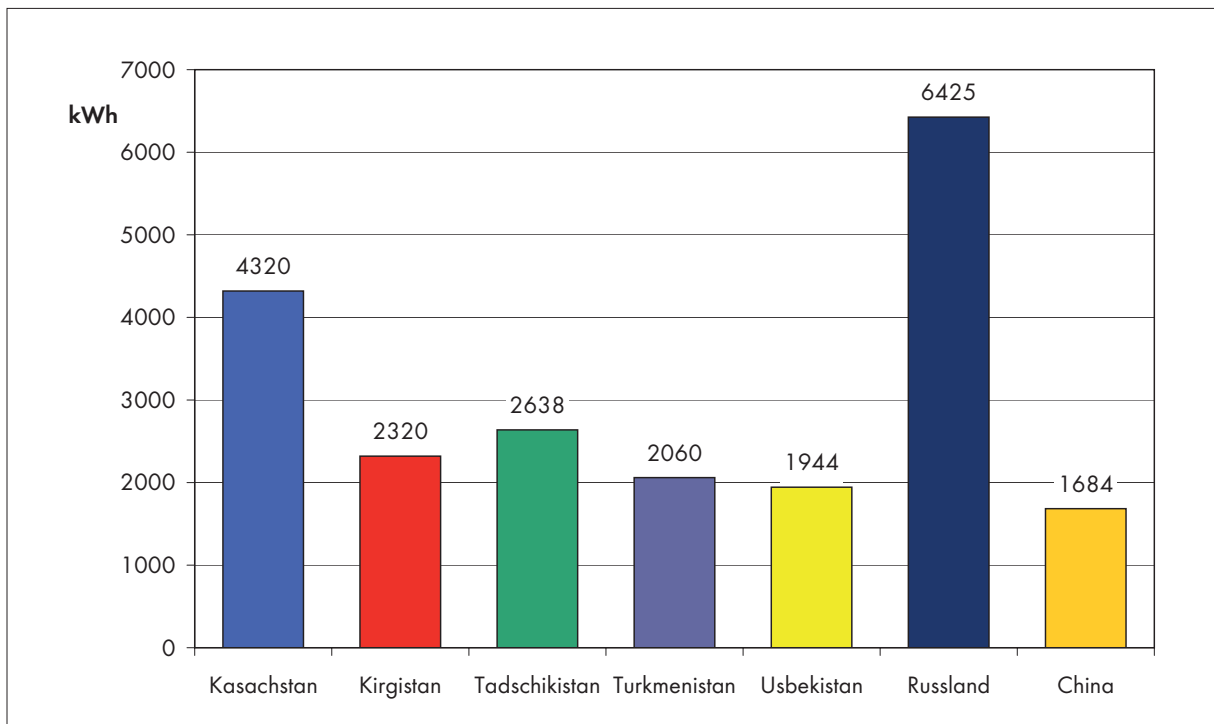


Usbekistan



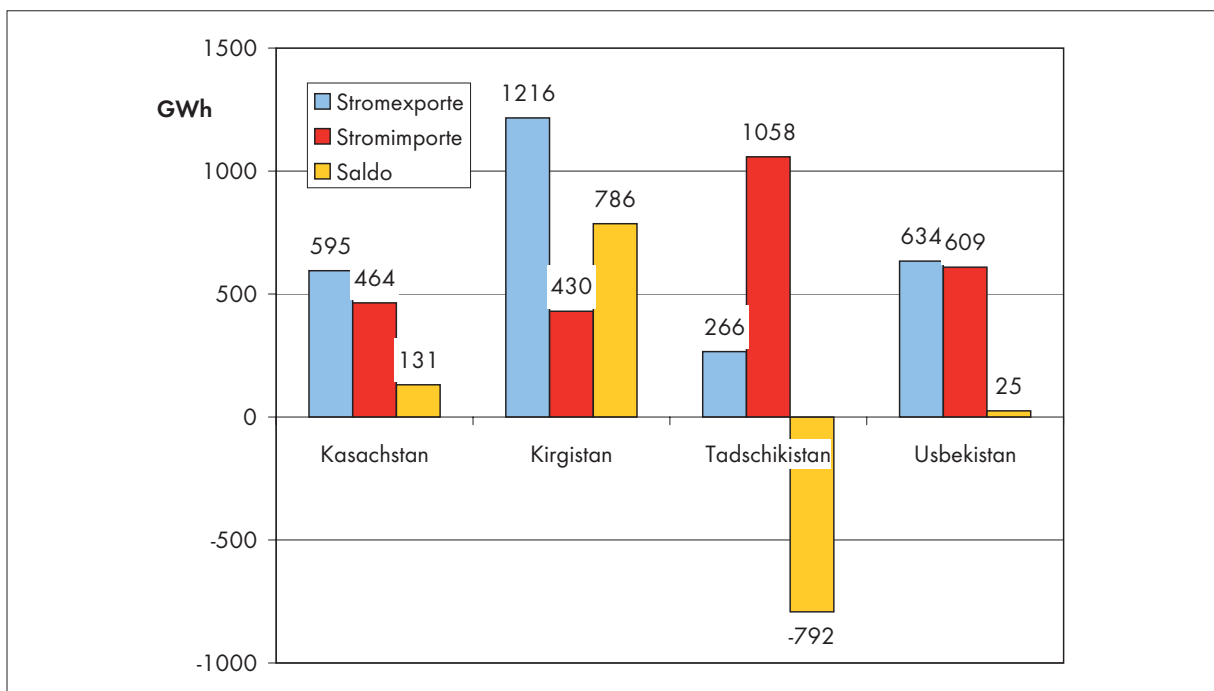
Quelle: Human Development Report 2007/2008;
http://hdr.undp.org/en/media/hdr_20072008_en_complete.pdf

Stromverbrauch pro Kopf (in Kilowattstunden, kWh, 2004)



Quelle: Human Development Report 2007/2008; http://hdr.undp.org/en/media/hdr_20072008_en_complete.pdf

Handel mit Elektroenergie in Zentralasien (in Gigawattstunden, GWh, 2002)



Quelle: World Bank Central Asia Regional Electricity Export Potential Study; www.adb.org/Documents/Reports/CAREC/Energy/CA-REEPS.pdf

Chronik
Vom 25. Januar bis zum 21. Februar 2008
Kasachstan

28.1.2008	Nach Angaben von Gesundheitsminister Anatolij Dernowoj gab es Ende 2007 in Kasachstan 9378 registrierte HIV-Infizierte, davon 223 Minderjährige.
28.1.2008	Verteidigungsminister Danijal Achmetow gibt bekannt, dass im Gebiet Süd-Kasachstan eine russische S-300 Luftverteidigungsbatterie stationiert werden soll.
29.1.2008	Premierminister Karim Massimow erteilt dem Energieministerium und der staatlichen Energiegesellschaft Kaz-MunaiGaz Instruktionen, um die geplante Übernahme der privaten Mangistau-Öl- und Gasgesellschaft zu beschleunigen.
30.1.2008	In Astana teilt die Polizei mit, dass sie drei des Überfalls auf den deutschen Journalisten Marcus Bensmann verdächtige Männer festgenommen habe. Die Beschuldigten seien geständig. Unabhängige Beobachter weisen allerdings auf diverse Ungereimtheiten hin.
30.1.2008	Präsident Nasarbajew schlägt vor, dass ausländische Öl-, Gas- und Bergbauunternehmen jährlich 100–200 Kasachen im Ausland ausbilden.
2.2.2008	Finanzminister Bolat Schamschijew und Schigeo Katsu, Weltbank-Vizepräsident für Europa und Zentralasien, unterzeichnen in Astana ein Abkommen über einen Kredit in Höhe von 174 Mio. US-Dollar für vier Projekte zur Erhöhung des Lebensstandards der Bevölkerung.
3.2.2008	Ca. 1200 Bergleute im Gebiet Karaganda beenden ihren zweitägigen Streik, nachdem ihnen die Kasachmys-Gesellschaft höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen zugesagt hat.
4.2.2008	Nach inoffiziellen Quellen soll die staatliche Kastransgas-Energiegesellschaft eine Erhöhung des Transitgebühren für Gas durch das Territorium Kasachstans von 1,10 US-Dollar auf 1,40 US-Dollar für 1000 m ³ /100 km beschlossen haben.
6.2.2008	Präsident Nasarbajew widmet sich in seiner jährlichen Rede zur Lage der Nation vor allem der Verbesserung der Lebensbedingungen der Bürger Kasachstans.
6.2.2008	In Astana findet ein Runder Tisch über die Situation der Menschenrechte bei der Polizei statt. 2007 hat es 49 Anklagen gegen Polizisten wg. Verletzung der Verfassungsrechte gegeben, 751 unrechtmäßig Inhaftierte wurden frei gelassen. Empfehlungen des UN-Komitees gegen Folter wurden umgesetzt.
8.2.2008	Premierminister Massimow trifft sich in Astana mit seinem französischen Amtskollegen Francois Fillon zu Gesprächen über die Ausweitung des bilateralen Handels und den Ausbau der Energie-Kooperation, u. a. wird ein Abkommen über strategische Partnerschaft unterzeichnet.
11.2.2008	Präsident Nasarbajew trifft in Astana den amerikanischen Assistant Secretary für Süd- und Zentralasien Richard Boucher zu Gesprächen über den Ausbau der bilateralen Wirtschafts- und Energiebeziehungen.
11.2.2008	Präsident Nasarbajew ernennt Ural Muchamedschanow zum Vorsitzenden der Fraktion der regierenden Partei ‚Nur Otan‘ im Unterhaus des Parlamentes.
13.2.2008	Verteidigungsminister Danijal Achmetow führt in Moskau Gespräche mit seinem russischen Amtskollegen Anatolij Serdjukow über bilaterale militärische Kooperation, insbesondere im Bereich der Ausbildung.
13.2.2008	Der US-Botschafter in Kasachstan, John Ordway, spricht sich in einer im kasachischen Fernsehen übertragenen Rede für die Repräsentanz von Oppositionsparteien im Parlament aus. Das derzeitige Ein-Parteien-System sei für die Entwicklung der Demokratie ungeeignet.
14.2.2008	Das Oberhaus des Parlamentes, der Senat, stimmt für die Annahme eines neuen Gesetzes über Mindestgefängnisstrafen für Drogendelikte.
14.2.2008	Die kasachischen Streitkräfte geben bekannt, dass Verteidigungsminister Achmetow in Moskau einen Vertrag über den Kauf eines russischen Luftabwehr-Raketensystems unterzeichnet hat.
14.2.2008	In einer Rede vor dem Kabinett kritisiert Präsident Nasarbajew einige Gebietsgouverneure und hochrangige weitere Politiker wegen Budgetmissmanagements scharf und fordert sie auf, sich verstärkt mit dem Kampf gegen Armut, Arbeitslosigkeit und Korruption zu befassen.

16.2.2008	Der Chef der nationalen Raumfahrt-Agentur teilt mit, dass Kasachstan russische Vorschläge über die Reduzierung der Abschüsse von Proton-Raketen vom Weltraumbahnhof Baikonur erwartet.
18.2.2008	Sergej Duwanow, der Administrator einer Oppositionswebsite, protestiert gegen die plötzliche Blockierung mehrerer kritischer Websites für kasachische Nutzer.
18.2.2008	Außenminister Marat Taschin und sein kirgisischer Amtskollege Ednan Karabajew diskutieren bei einem Treffen in Astana Perspektiven der Zusammenarbeit, u.a. einen gemeinsamen kasachisch-kirgisischen Investmentfond und Fragen der effizienten Nutzung von Wasser und Energieressourcen.
18.2.2008	Der Chef der Finanzpolizei gibt bekannt, dass gegen mehrere Mitarbeiter des Ministeriums für Energie und Bodenschätze wegen Korruption ermittelt wird.
19.2.2008	Präsident Nasarabajew ernennt Wladimir Schkolnik zum neuen Industrie- und Handelsminister.
19.2.2008	Premierminister Massimow gibt verschärfte Sicherheitsbestimmungen für Bergbauunternehmen bekannt.
19.2.2008	Das nationale Nuklearzentrum hat die Genehmigung zur Errichtung von kleinen Kernkraftwerken in 50 abgelegenen Kleinstädten Kasachstans beantragt.
20.2.2008	In Almaty beginnt das 10. Gipfeltreffen des Rates der Justizminister der EurasEC.
20.2.2008	Am Rande des Gipfeltreffens der Justizminister der EurasEC-Staaten unterzeichnen die kasachische Justizministerin Sagipa Balijewa und ihr russischer Amtskollege Wladimir Ustinow ein Abkommen über die Verfolgung von Straftaten auf dem Territorium des russischen Weltraumbahnhofs Baikonur.
21.2.2008	Kultur- und Informationsminister Jermuchamet Jertisabajew fordert Journalisten zur Diskussion des umstrittenen Entwurfes eines neuen Mediengesetzes auf. Der dem Parlament vorliegende, von Medienvertretern erarbeitete Entwurf wird von Jertisabajew abgelehnt.
21.2.2008	Premierminister Massimow teilt mit, dass bei neuen Vertragsabschlüssen im Bergbau alle PSAs abgeschafft würden, bestehende PSAs würden aber nicht annulliert.
21.2.2008	Präsident Nasarabajew ernennt Nurlan Balgimbajew zum neuen Präsidentenberater und speziellen Vertreter des Staates für die Rohstoffe der Kaspische-Region.

Kirgistan

28.1.2008	In Bischkek löst die Polizei eine Demonstration von Menschenrechtsaktivisten gegen die Ergebnisse der Parlamentswahl vom Dezember 2007 auf und nimmt ca. 20 Demonstranten fest.
28.1.2008	Premierminister Igor Tschudinow genehmigt ein Regierungsprogramm gegen Kinderarbeit in Kirgistan.
29.1.2008	Ein Sprecher der oppositionellen Partei »Ata Meken« beklagt die zunehmende Verletzung der Menschenrechte in Kirgistan während der vergangenen zwei Jahre.
30.1.2008	25 Journalisten des staatlichen Fernsehens treten in einen Hungerstreik, um der Forderung nach Absetzung des vor drei Monaten von Präsident Bakijew eingesetzten Direktors Melis Jeschimchanow Nachdruck zu verleihen. Sie werfen ihm finanzielle Unregelmäßigkeiten und die Förderung von Journalisten vor, die mit dem ehemaligen Präsidenten Akajew zusammengearbeitet haben.
4.2.2008	Aus Kreisen der Finanzpolizei verlautet, dass die Untersuchungen gegen den ehemaligen Premierminister Nikolaj Tanajew wegen Amtsmissbrauch und Korruption wieder aufgenommen wurden. Tanajew war von 2002–2005 unter Präsident Akajew Premier und lebt heute als Direktor einer Energiegesellschaft in Russland.
4.2.2008	Das Bildungsministerium teilt mit, dass 1000 Lehrer die Regierung auf Auszahlung von Gehaltsrückständen in Höhe von ca. 55,5 Mio. US-Dollar verklagen. Geschätzte 65.000 Lehrer sollen seit mehreren Jahren kein Gehalt mehr bekommen haben.
5.2.2008	Generalstaatsanwalt Elmursa Satybaldijew äußert seine Besorgnis über die Arbeit der Polizei, der er u.a. erdachte Anklagen gegen Bürger vorwirft.
6.2.2008	Der Hungerstreik beim staatlichen Fernsehen wird weiter fortgesetzt, Angehörige staatlicher Regionalsender schließen sich an.
8.2.2008	Nach der 3. Lesung wird der Haushalt für das Jahr 2008 vom Parlament gebilligt. Er sieht Einnahmen in Höhe von 52,2 Mrd. Som (ca. 1,44 Mrd. US-Dollar) und Ausgaben in Höhe von 56,6 Mrd. Som (ca. 1,56 Mrd. US-Dollar) vor.
8.2.2008	Die US-Botschafterin in Kirgistan, Marie Yovanovitch, kritisiert auf einer Konferenz in Bischkek die geänderte kirgisische Verfassung als einen Rückschritt im Hinblick auf die Dezentralisierung der Macht.

12.2.2008	Innenminister Moldomusa Kongantijew kündigt neue Untersuchungen wegen des Mordes an Alischer Saipow, einem im Oktober in Osch ermordeten, unabhängigen Journalisten, an.
13.2.2008	Industrie- und Energieminister Saparbek Balkibekow teilt mit, dass die kirgisischen Stromlieferungen nach Tadschikistan eingestellt wurden, nachdem Tadschikistan den Bedingungen des Verkaufs von 11 Mio. kWh nicht zugestimmt hatte.
13.2.2008	Premierminister Tschudinow bestätigt, dass die russische Gasprom 300 Mio. US-Dollar in die Exploration und Erschließung neuer Gasfelder im Süden der Republik investieren wird.
13.2.2008	Nach den Worten des Kultur- und Informationsministers ist der Hungerstreik beim staatlichen Fernsehen mit einem Kompromiss beendet worden.
14.2.2008	Das Parlament wählt den Regierungskandidaten Tursunbek Akun (gegen vier Kandidaten der Opposition) zum neuen Ombudsmann.
16.2.2008	Nach der Ermordung eines kirgisischen Staatsbürgers in Moskau äußert sich der Sekretär des Nationalen Sicherheitsrates besorgt über die Situation der in Russland lebenden Kirgisen. Allein im Januar wurden in Moskau und Petersburg fünf Kirgisen ermordet.
16.2.2008	Präsident Bakijew ernennt Swetlana Sydykowa zur Vorsitzenden des Verfassungsgerichts.
20.2.2008	In Bischkek findet die Eröffnungssitzung des von verschiedenen Oppositionsgruppen gebildeten „alternativen Parlamentes“ statt.
21.2.2008	Das Justizministerium erklärt das „alternative Parlament“ für illegal und verboten.
21.2.2008	Premierminister Tschudinow trifft in Bischkek zu Gesprächen mit dem iranischen Außenminister Manutscher Mottaki zusammen. Es werden Fragen der ökonomischen Zusammenarbeit, das iranische Nuklearprogramm und die Sicherheitslage in Afghanistan erörtert.
21.2.2008	Präsident Bakijew kündigt gegenüber russischen Journalisten an, dass er den Abzug der amerikanischen Truppen vom Stützpunkt Manas wieder auf die Tagesordnung setzen wolle.

Tadschikistan

26.1.2008	Präsident Emomali Rachmon besetzt unerwartet eine Reihe von Schlüsselpositionen neu, darunter die des Landwirtschafts- und Umweltministers, des Gesundheitsministers und des Chefs der Nationalbank.
26.1.2008	Präsident Rachmon wirft dem Kabinett Versagen im Kampf gegen die Energiekrise vor.
28.1.2008	In einer Rede vor dem Kabinett drückt der Präsident seine Besorgnis über internationale Bedrohungen wie internationalen Terrorismus, Menschen- und Drogenhandel aus und äußert sich unzufrieden über die sinkenden Produktionszahlen der tadschikischen Industrie im Jahr 2007.
28.1.2008	Präsident Rachmon bittet in einem Telefongespräch den turkmenischen Präsidenten Berdymuchammedow um Erhöhung der Stromlieferungen aus Turkmenistan. Dieser stimmt im Rahmen des Möglichen zu.
29.1.2008	Der stellvertretende Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses der russischen Staatsduma bietet auf einer Konferenz in Duschanbe russische Hilfe bei der Verbesserung der angespannten tadschikisch-usbekischen Beziehungen an.
30.1.2008	Die Auslandsschulden Tadschikistan sind 2007 um mehr als 29% auf 1,12 Mrd. US-Dollar gestiegen, das entspricht 30% des BIP. Die größten Gläubiger sind die Weltbank, die Asiatische Entwicklungsbank (ADB) und China.
1.2.2008	Bei einer Bombenexplosion auf dem Hof eines Hauses in Duschanbe kommt es zu erheblichen Schäden an den umliegenden Gebäuden, es gibt aber keine Verletzten. Die Staatsanwaltschaft spricht von einem Terrorakt.
2.2.2008	Das Oberste Gericht Tadschikistans verurteilt zwei Staatsbürger Usbekistans zu 18 Jahren Haft wegen Mitgliedschaft in der Islamischen Bewegung Usbekistans (IMU).
2.2.2008	Bei dem Versuch, den Chef einer regionalen staatlichen Einrichtung für den Kampf gegen organisierte Kriminalität zu verhaften, werden zwei Angehörige einer Polizeispezialeinheit getötet, mehrere weitere verletzt. Der Verdächtige war während des Bürgerkrieges prominentes Mitglied der Vereinigten Tadschikischen Opposition (UTO) und im Rahmen der Integration ehemaliger Rebellen in den Polizeidienst gekommen.
10.2.2008	Während eines zweitägigen Staatsbesuchs in Iran führt Präsident Rachmon Gespräche mit seinem iranischen Amtskollegen Mahmud Ahmadinedschad und Ayatollah Ali Khamenei über Zusammenarbeit im Bereich Energie, Investitionen, Transport und Kultur.
11.2.2008	Wegen der Energiekrise können nun auch viele Zeitungen nicht mehr gedruckt werden.

18.2.2008	Ein Regionaldirektor der WHO informiert sich in Duschanbe über die zur Überwindung der Folgen der Energiekrise notwendigen Hilfsleistungen.
18.2.2008	Aus der Agentur für Drogenkontrolle wird bekannt, dass bei einer gemeinsamen Aktion mit der usbekischen und kasachischen Polizei die Rekordmenge von 100 kg Drogen beschlagnahmt werden konnte.
21.2.2008	Präsident Rachmon trifft in Moskau mit seinem russischen Amtskollegen Wladimir Putin zu Gesprächen über die bilaterale Zusammenarbeit in den Bereichen Energie und Militär zusammen.

Turkmenistan

25.1.2008	Präsident Gurbanguly Berdymuchammedow empfängt den Chef des US-amerikanischen Zentralkommandos (CENTCOM) Admiral William Fallon zu Gesprächen über den Kampf gegen den Terrorismus und Drogenhandel in der Region.
30.1.2008	Turkmenistan lehnt den Vorschlag der ukrainischen Premierministerin Julia Timoschenko über den Bau einer neuen Gaspipeline durch das Schwarze Meer von Georgien zur Krim ab. Mit diesem von Timoschenko bei der EU in Brüssel vorgeschlagenen Projekt sollten die Ukraine und Westeuropa alternativ mit turkmenischem Gas versorgt werden.
6.2.2008	Aus dem Gesundheitsministerium wird bekannt, dass Präsident Berdymuchammedow ein Dekret über den Bau eines Gesundheitszentrums zur Verhütung von AIDS und Tuberkulose erlassen hat.
9.2.2008	Nach dem Bekanntwerden der geplanten Erhöhung der Benzinpreise um das Achtfache (von 2,5 auf 17 bis 20 Dollar-Cent) bilden sich lange Schlangen an den Tankstellen.
11.2.2008	Die Benzinpreise an den Tankstellen werden auf Grundlage einer vom Kabinett beschlossenen Reform angehoben. Die Reform sieht ebenfalls vor, dass Fahrzeugführer am Beginn jeden Monats eine begrenzte Menge an Treibstoff kostenfrei erhalten..

Usbekistan

28.1.2008	Das Staatskomitee für Entmonopolisierung genehmigt den Kauf des größten usbekischen Telekommunikationsunternehmens (Golden Telecom) durch die russische Vimpelcom.
3.2.2008	Der usbekische Menschenrechtsaktivist Dilmurod Muchitdinow verschwindet nach seiner Freilassung aus dem Gefängnis spurlos.
12.2.2008	Ein Sprecher der usbekischen Botschaft in Duschanbe teilt mit, dass Usbekistan seine Stromlieferungen an Tadschikistan wieder erhöht hat.

Die Zentralasien-Analysen werden gemeinsam von der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde und der Forschungsstelle Osteuropa herausgegeben. Die Herausgeber danken dem Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft für die Finanzierung der Zentralasien-Analysen und der GTZ für eine großzügige Unterstützung.

Die Meinungen, die in den Zentralasien-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Beate Eschment

Redaktionsassistentz: Henryk Alff

Technische Redaktion: Matthias Neumann

Zentralasien-Analysen-Layout: Matthias Neumann, nach einem Konzept von Cengiz Kibaroglu, mit einer Grafik von Sebastian Klüsener

ISSN 1866-2110 © 2008 by Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. und Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. • Schaperstraße 30 • 10719 Berlin • Telefon: +49 30 214 784 12 • Telefax: +49 30 214 784 14

e-mail: Zentralasien-Analysen@dgo-online.org • Internet-Adresse: www.laender-analysen.de/zentralasien

Lesehinweis

Kostenlose E-Mail-Dienste unter www.laender-analysen.de

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatliche eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.polen-analysen.de>

Russlandanalysen

Die »Russlandanalysen« bieten wöchentlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Wochenchronik aktueller politischer Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

kultura. Russland-Kulturanalysen

Die Russland-Kulturanalysen diskutieren in kurzen, wissenschaftlich fundierten, doch publizistisch-aufbereiteten Beiträgen signifikante Entwicklungen der Kultursphäre Russlands. Jede Ausgabe enthält zwei Analysen und einige Kurztex-te bzw. Illustrationen. Erscheinungsweise: monatlich, in je einer deutschen und englischen Ausgabe.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatliche eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen bieten eine monatliche Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: Zentralasien-Analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasi-schen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de